

**S t a d t H a a n**  
Niederschrift über die  
**15. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Haan**  
am Mittwoch, dem 12.02.2014 um 17:00 Uhr  
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:  
17:00

Ende:  
20:30

**CDU-Fraktion**

Stv. Marlene Altmann  
AM Karl-Ernst Dörfler  
AM Tobias Lauterjung  
Stv. Klaus Mentrop  
Stv. Monika Morwind

**SPD-Fraktion**

Stv. Juliane Eichler  
AM Simone Kunkel-Grätz  
Stv. Michael Schneider  
Stv. Bernd Stracke

**FDP-Fraktion**

AM Eva-Lotta Dahmann  
Stv. Ingrid Schöffner

Vertretung für Stv. Dirk Raabe

**GAL-Fraktion**

Stv. Jochen Sack  
Stv. Elke Zerhusen-Elker

Vertretung für AM Silvia Ramsel

**UWG-Fraktion**

AM Elisabeth Cordts

**Die Linke**

AM Peter Schniewind

**Fraktionslose Ratsmitglieder**

Stv. Meike Lukat

**Schriftführer**

VA Elena Kohlhaas

**Verwaltung**

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella  
StOVR Udo Thal  
VA Christoph Tober  
TA Guido Mering

**Vertreter des Seniorenbeirates**

Herr Karlo Sattler

**Vertreter der Kirchen**

AM Dr. Reiner Nieswandt

**Gäste**

Frau Gabi Bongard

Herr Gärtner

Frau Mörchel

Herr Thomas Rasch

Herr Martin Sahler

Frau Schmidt

**Der Vorsitzende Bernd Stracke** eröffnet um 17:00 Uhr die 15. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung**

Zu Beginn der Sitzung werden von der Verwaltung folgende Unterlagen verteilt:

- Antrag der CDU-Ratsfraktion (Mail) vom 10.02.2014) (TOP 3.)
  - Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 11.02.2014 (TOP 3.)
  - Anfrage von Stv. Lukat (Mail) vom 11.02.2014 (TOP 3.)
  - Stellungnahme des Vorsitzenden der VHS Verbandsversammlung, Herr Dürr, (Mail) vom 12.02.2014 (TOP. 3)
  - Stellungnahme des Caritasverbandes im Kreis Mettmann vom 03.02.2014 (TOP 3.)
  - Anfrage von Stv. Lukat (Mail) vom 09.02.2014) (TOP 7.)
  - Mitteilung des SKFM Haan e.V. (Mail) vom 10.02.2014 (TOP 8.)
- (siehe Anlagen 1.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird AM Lauterjung durch den Vorsitzenden verpflichtet.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1./ Bestellung einer Schriftführerin** **Vorlage: 51/152/2014**

---

#### **Beschluss:**

Als Schriftführerin für die Sitzungen des Sozialausschusses wird VA Frau Elena Kohlhaas entsprechend § 52 (1) Satz 2 der Gemeindeordnung NRW bestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **2./ Bericht des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan**

---

#### **Protokoll:**

Herr Sattler berichtet über die aktuellen Themen aus der Arbeit des Senior(inn)enbeirates und den Planungen. In diesem Zusammenhang spricht er die Er-

---

stellung eines Seniorenberichtes an (siehe auch TOP 6.)

### **3./ Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen**

**- Situationsbericht und Maßnahmen zur sofortigen vorübergehenden Unterbringung in den Räumlichkeiten Bachstr. 64**

**- Aufhebung des Sperrvermerks für die Gründungs- und Herrichtungsaufwendungen für die beiden Containergebäude an der unteren Landstraße bei Produkt 100400**

**Vorlage: 51/154/2014**

---

#### **Protokoll:**

1. Bgo. Formella berichtet über die aktuelle Situation, die zu erwartende Entwicklung sowie die aus Sicht der Verwaltung notwendigen Maßnahmen mittels einer Präsentation.

Die Präsentation wird anschließend verteilt (siehe Anlage 2.).

Der Vorsitzende gibt dem Vertreter des Caritasverbandes, Herrn Sahler, die Möglichkeit für ergänzende Ausführungen.

Herr Sahler berichtet über die aktuelle Unterbringungssituation und begründet insbesondere die fachliche Haltung, die Unterbringung nicht zentral an einem Standort, sondern dezentral an verschiedenen Standorten vorzunehmen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, die Verwaltung beabsichtige am Standort Bachstr. neu 50 Flüchtlinge (insgesamt ca. 80 Personen) unterzubringen und bittet die Verwaltung um Darlegung des qualitativen Unterschieds zu dezentralen Lösungen.

1. Bgo. Formella führt aus, die Maßnahme an der Bachstr. sei bis 2015 befristet und für diesen Zeitraum mangels derzeitiger Alternativen hinnehmbar. Bei mittel- bis langfristigen Lösung wolle man keine „Massenunterkünfte“. Diese erforderten einen erhöhten bzw. zusätzlichen Betreuungs- und damit Personaleinsatz.

#### **SPD-Ratsfraktion**

Die Entwicklung bei den Asylanträgen und der Flüchtlingszuwanderung käme nicht überraschend, sie sei seit Jahren absehbar gewesen. Wenn langfristig eine Planungssicherheit insbesondere hinsichtlich der Standorte gewollt gewesen wäre, hätte bereits vor Jahren ein Unterbringungskonzept erstellt werden müssen und können. Hierfür gäbe es in anderen Städten gute Beispiele.

Die Nutzung des Kita-Untergeschosses an der Bachstr. zur Unterbringung von Flüchtlingen halte man für möglich. Die Nutzung des ehemaligen VHS-Gebäudes lehne man ab. Man halte das Gebäude für ungeeignet. Unter anderem seien Sicherheitsfragen, wie z. B. die Einsatzmöglichkeiten der Feuerwehr im Brandfall und in einem solchen Fall die möglichen Auswirkungen auf das Kita-Gebäude, nicht geklärt.

Bei der Suche nach Wohnungen als Unterbringungsmöglichkeit bestehe das Problem, dass in Haan im Rahmen von Transferleistungen eine Miete von 5,50 €/qm

---

nicht überschritten werden könne. Es sei schwierig, hierfür eine Wohnung zu finden. Hier stelle sich die Frage, ob die Stadt sich finanziell engagieren wolle und könne.

Hinsichtlich der Prüfung von Gewerbeimmobilien, z. B. im Schallbruch oder an der Landstr., müsse endlich eine abschließende Prüfung erfolgen.

### GAL-Ratsfraktion

Wichtig sei bei allen Überlegungen und Lösungsansätzen, das Wohl der Flüchtlinge, der Familien und Kinder, im Blick zu haben. Man halte die dezentrale und wohnungsmäßige Unterbringung für den richtigen Weg und sei dankbar für die Stellungnahme des Caritasverbandes. Ziel sei, die Integration zu ermöglichen und umzusetzen. Die Standorte der Wohnunterkünfte müssten von daher in vertretbare Nähe zu KiTas, Schule und Geschäfte sein.

Aus unterschiedlichsten Gründen habe die Politik das Thema immer wieder vor sich her geschoben. Zwar sei die Anzahl der Flüchtlinge kaum einschätzbar, trotzdem könne man nicht von einer überraschenden Entwicklung sprechen.

Einige Ausführungen in der Stellungnahme der Privaten Kindergruppe vom 05.02.2014 hätte man anders formulieren oder weglassen können. Die Nachbarschaft von Kindertageseinrichtung und Flüchtlingsunterkunft schließen sich nicht aus. Auch hierfür gäbe es gute Beispiele.

Es müssten mehr dezentrale Standorte und vor allem Wohnungen gefunden werden. Die angemessene Unterbringung von Flüchtlingen und eine funktionierende Integrationsarbeit, z. B. in Kindertageseinrichtungen und Schulen, seien auch positive Ergebnisse im Sinne der Wirtschaftsförderung, die plakativ herausgestellt werden könnten. Integrationsarbeit sei nicht nur ein soziales Thema, verschiedene Dienststellen in der Verwaltung, auch in den Dezernaten I und III, und Fachausschüsse seien tangiert, das Thema müsse als Gesamtpaket in die Haushaltsberatungen eingebracht werden.

Festzuhalten sei, dass der Verwaltung oft Aufträge erteilt wurden, ohne dass die entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen gegeben waren bzw. sind. Der Rat habe in seinen Beschlussfassungen häufig soziale Angelegenheiten blockiert.

### Stv. Lukat

Die heutige Unterbringungssituation mit fehlenden Kapazitäten sei nicht überraschend eingetreten. Bereits 2004 sei die Verwaltung mit einer Machbarkeitsstudie beauftragt worden, diese habe dann ein Jahr später vorgelegen. In 2006 habe der Rat seinen Grundsatzbeschluss für Unterbringungen am Standort Heidfeld gefasst. Zwei Jahre später sei dieser Beschluss vom Rat wieder aufgehoben worden bzw. die Mitteleinplanung nicht mehr erfolgt. Seit rund zehn Jahren, wie auch aktuell wieder, werde der Ball zur Verwaltung und zum Caritasverband gespielt und ein Auftrag nach dem anderen durch die Politik erteilt.

Von einer überraschend eingetretenen Situation könne auch deshalb nicht gesprochen werden, da die Verwaltung im Sozialausschuss im November 2012 die Entwicklung aufgezeigt habe. Ihr Antrag auf Erstellung eines Gesamtkonzeptes auch betreffend Wohnunterkünfte sei vor drei Monaten abgelehnt worden.

---

Jetzt werde wieder nach Machbarkeiten gesucht und das ehemalige Musikschulgebäude an der Dieker Str. ins Spiel gebracht. Dieser Standort sei 2012 wegen des hohen Herrichtungsaufwands von rd. 227.000 € abgelehnt worden. Es sei nicht erklärbar, dass unter diesen Gesamtumständen die vier Häuser an der „Polnischen Mütze“ abgerissen werden sollen.

Die Herrichtung des Untergeschosses des Kita-Gebäudes halte sie für angemessen. Eine weitergehende Nutzung des Standortes VHS-Gebäude zur Unterbringung von Flüchtlingen sei nicht zumutbar.

Sie beantrage, der Sozialausschuss rege an, dass HFA und Rat den Beschluss zum Abriss der Häuser an der „Polnischen Mütze“ aufhebe.

### CDU-Ratsfraktion

Die Zuwanderung von Flüchtlingen sei in den vergangenen Jahren sehr schwankend erfolgt. Die weitergehende und umfangreiche Nutzung des Standortes Bachstr. habe die Verwaltung kurzfristig vorgelegt.

In Jahren mit nur wenig Flüchtlings-Zuwanderung wäre eine Vorsorge mit dann teilweise leerstehenden Kapazitäten politisch und finanziell nicht umsetzbar gewesen. Die städtische Gesamtsituation in der Vergangenheit und heute müsse sich am finanziell Machbaren orientieren. Dies gelte auch für viele andere Themen in den Zuständigkeiten anderer Fachausschüsse.

Die CDU-Ratsfraktion habe mehrere Anträge gestellt. Beantragt werde, alle Anträge einzeln abzustimmen. Der Antrag zu 2. sei gegenüber dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zum ehemaligen VHS-Gebäude der weitergehende und daher vorrangig abzustimmen.

Der Vorsitzende stellt klar, die Gebäude an der „Polnischen Mütze“ seien nicht zur Unterbringung von Flüchtlingen angekauft worden, sondern für die Straßenausbaumaßnahme. Zur früheren Beschlussfassung des Rates zum Standort Heidfeld sei festzuhalten, dass es hier um die Unterbringung von Obdachlosen gegangen sei. Die gemeinsame Unterbringung von Flüchtlingen und Obdachlosen sei immer als nicht machbar betrachtet worden.

In der jetzigen Situation dürfe es keine Denkverbote geben. Intensiv und konkret seien auch Anmietung und Kauf von Unterbringungskapazitäten / Bestandsimmobilien zu prüfen. Ein Beschluss zum Gesamtkonzept sei gefasst, jedoch noch nicht umgesetzt. Der Blick sei zunächst auf städtische Immobilien gerichtet worden, jetzt müsse auch nach Alternativen geschaut werden.

Das technische Dezernat hätte Vorschläge unterbreitet müssen, welche Gebäude im Stadtgebiet mit welchem Aufwand für Unterbringungen nutzbar gemacht werden können, dies auch in einer Gegenrechnung für den Aufwand an der unteren Landstr. Es sei dringlicher Wunsch des Sozialausschusses, für verschiedene Standorte eine vergleichende Analyse der Kostenstrukturen zu erhalten. Dies betreffe auch eine Prüfung der Möglichkeiten für Anmietungen. Dies sei nicht nur Aufgabe des Caritasverbandes.

---

## FDP-Ratsfraktion

Bei dem Ortstermin am Montag an der Bachstr. und der anschließenden Elterninformationsveranstaltung seien alle Interessenlagen, auch die der Privaten Kindergruppe, bekannt geworden. Es sei zu prüfen, ob eine andere Liegenschaft ermöglicht werden könne, so z. B. die bald freiwerdende Liegenschaft des Landes an der Kaiserstr.

### 1. Bgo. Formella

Die seit Oktober 2013 eingetretene Entwicklung mit extremen Zuwanderungszahlen sei so nicht einschätzbar gewesen. Hierbei sei nicht Problem die relativ geringe Anzahl der Zuweisungen aus der Quotierung der Asyl-Erstantragssteller, sondern die nicht überschaubare Anzahl bei den Asyl-Folgeantragstellern, die nicht im Rahmen einer Quotierung, sondern der Kommune des Erstantragsverfahren zugewiesen werden.

Ende 2012, Anfang 2013 habe die Verwaltung in den politischen Beratungen dargelegt, das im Zeitraum 2014 - 2016 rd. 120 zusätzliche Betreuungsplätze erforderlich würden. Als Notmaßnahme sei nach Ratsbeschluss der Pavillion an der Bachstr. hergerichtet worden, des weiteren seien verwaltungsseitig die zusätzlichen Unterbringungskapazitäten am Standort Ellscheid für 2014 und an der unteren Landstr. für 2015/2016 auf den Weg gebracht worden. Die Mitteleinplanung sei durch den Rat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2013 erfolgt. Als weitere Notmaßnahme zur Abdeckung eines akuten Unterbringungsbearfs habe die Verwaltung die vier Häuser an der „Polnischen Mütze“ belegt.

Zur Wohnungssuche sei festzuhalten, dass in erster Linie größere Anbieter angesprochen seien. Der Caritasverband habe im Rahmen des Betreuungsmanagements bei der Unterbringung in Wohnungen erfolgreich gearbeitet, hierfür sei man dankbar. Diesen Möglichkeiten seien jedoch Grenzen gesetzt. Hierzu seien auch weitere Prüfungen durch Amt 23 durchzuführen.

Durch das Haushaltssicherungskonzept sei vorgegeben, dass bei Suche und Prüfung von Standorten bzw. Unterbringungsmöglichkeiten vorrangig städtische Liegenschaften zu prüfen seien. Für die Verwaltung habe auf Grund Ratsbeschluss der Standort Dieker Str. für weitere Prüfungen bzw. Untersuchungen nicht mehr zur Verfügung gestanden. Das VHS-Gebäude an der Bachstr. sei von daher die einzige verbleibende städtische Liegenschaft gewesen.

Derzeit prüfe die Verwaltung Gewerbeimmobilien sowie freie Wohnungen.

Der Beschlussantrag der CDU-Ratsfraktion zu 2. zur Ertüchtigung des Standortes Dieker Str. sei zu ergänzen um die entsprechende Mittelbereitstellung im Haushalt 2014. Diese sei im Haushaltsplanentwurf 2014 nicht enthalten.

Die angesprochene Liegenschaft an der Kaiserstr. (Landesfinanzschule) stehe in der verwaltungsinternen Diskussion in einem anderen städtebaulichen Focus.

Der Vorsitzende bittet den Vertreter des Caritasverbandes um Stellungnahme aus aktueller Besichtigung des ehemaligen Musikschulgebäudes an der Dieker Str.

Herr Sahler berichtet von zwei Begehungen und führt aus, er halte das Gebäude für ungeeignet. Die Bausubstanz sei schlecht, der Sanitärbereich bedenklich. Zudem

---

müssten dort vorhandene Parkplätze in größerem Umfang aufgegeben werden. Die mögliche Unterbringungskapazität sei gering, ca. 25 Plätze.

Stv. Mentrop erklärt, der Zustand der Bausubstanz sei bekannt. Einem damaligen Antrag der CDU-Ratsfraktion zur Herrichtung des Gebäudes zur Unterbringung von Flüchtlingen sei die Rats-Mehrheit nicht gefolgt. Die CDU-Ratsfraktion halte das Gebäude weiterhin für geeignet.

Stv. Lukat führt aus, bei der ersten Prüfung des Standortes sei ausgeführt worden, die Nutzung des Sanitärbereiches solle nicht gemeinsam mit der VHS erfolgen. Wenn eine Herrichtung erfolgen solle, seien zusätzlich 140.000 € in den Haushalt 2014 einzustellen.

Vor Abstimmung beantragt die SPD-Ratsfraktion Sitzungsunterbrechung.

Sitzungsunterbrechung 18.40 – 18.50 Uhr

Die SPD-Ratsfraktion erklärt mit Hinweis auf die zur Verfügung gestellten Landesmittel für die notwendige Straßenausbaumaßnahme an der „Polnischen Mütze“, sie werde den Antrag von Stv. Lukat ablehnen.

Antrag Stv. Lukat:

**„Der Sozialausschuss regt an, dass Haupt- und Finanzausschuss den Beschluss des Rates vom 04.02.2014 zum sofortigen Abriss von vier städtischen Gebäuden an der „Polnischen Mütze“, die aktuell zur Unterbringung von 25 Flüchtlingen dienen, aufheben.“**

Antrag bei 4 Ja- und 11 Nein-Stimmen abgelehnt.

Die CDU-Ratsfraktion erklärt, sie werde sich bei der Abstimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung zu 1. enthalten. Man halte den Standort für die Unterbringung weiterer Flüchtlinge für ungeeignet.

Die SPD-Ratsfraktion erklärt die Ablehnung des Antrags der CDU-Ratsfraktion zu 2. Man halte den von der CDU-Ratsfraktion vorgeschlagenen Standort Musikschulgebäude Dieker Str. weiterhin für ungeeignet, auch auf Grund der fachlichen Ausführungen des Caritasverbandes.

Antrag CDU-Ratsfraktion aus Mail vom 11.02.2014 zu 2.:

**„Der Standort Dieker Str. wird für eine entsprechende Wohnnutzung ertüchtigt.“**

Antrag bei 6 Ja- und 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Die SPD-Ratsfraktion erklärt, sie werde sich bei der Abstimmung zum Antrag der CDU-Ratsfraktion zu 1. enthalten. Man habe Fragen gestellt, diese seien ungeklärt.

Die GAL-Fraktion erklärt, man könne zustimmen, wenn der Beschlussantrag der



---

CDU-Ratsfraktion zu 1. nach dem Wort „erfolgt“ um das Wort „vorerst“ ergänzt wird.

Auf Antrag der CDU-Ratsfraktion Sitzungsunterbrechung 19.00 - 19.05 Uhr

Die CDU-Ratsfraktion erklärt, um in der Sache weiter zu kommen, akzeptiere man die Beschlussergänzung.

Die SPD-Ratsfraktion erklärt, man stimme zu unter dieser Erweiterung.

Stv. Lukat führt aus, nach Beschlussergänzung stimme sie nicht zu, ohne Beschlussergänzung ja. Sie halte das ehemalige VHS-Gebäude für die Unterbringung von Flüchtlingen für ungeeignet.

Antrag CDU-Ratsfraktion aus Mail vom 11.02.2014 zu 1. mit Ergänzung aus GAL-Antrag:

**„Ein Umbau der früheren VHS-Räumlichkeiten an der Bachstr. zum Zwecke der Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen erfolgt vorerst nicht.“**

Antrag mit 13 Ja- bei 2 Nein-Stimmen angenommen.

(Der Beschlussvorschlag zu 2. aus der Verwaltungsvorlage erübrigt sich)

Antrag CDU-Ratsfraktion aus Mail vom 11.02.2014 zu 3.:

**„Die Verwaltung wird beauftragt, sich weiterhin intensiv mit der Prüfung von Bestandsimmobilien zu befassen. Wo dies wirtschaftlich sinnvoll erscheint, ist ggf. ein Kauf anzustreben.“**

Antrag einstimmig angenommen.

Antrag CDU-Ratsfraktion aus Mail vom 11.02.2014 zu 4.:

**„Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt Standorte im Stadtgebiet aufzuzeigen, an denen die Unterbringung von Flüchtlingen möglich erscheint. Diese sind unter planungsrechtlichen Aspekten, wie in Bezug auf die Nachbarschaftsverträglichkeit zu bewerten.“**

Antrag einstimmig angenommen.

Beschlussvorschlag zu 3. der Verwaltungsvorlage:

**„Der Haupt- und Finanzausschuss hebt den Sperrvermerk für die Gründungs- und Herrichtungsaufwendungen in Höhe von 0,977 Mio. € für die beiden Containergebäude an der unteren Landstraße für ca. 60 Flüchtlinge bei Produkt 100400 (städt. Unterkünfte, Übergangswohnheime) auf.“**

Die Angelegenheit wird ohne Abstimmung einvernehmlich in die kommende Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses verwiesen.

---

**Beschluss:**

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, das leer stehende Untergeschoss des Gebäudes der Kindertageseinrichtung Bachstr. 64 (unterhalb der Kindertageseinrichtung) für die vorübergehende Unterbringung von ca. 20 Flüchtlingen als Sofortmaßnahme voraussichtlich bis 2015/2016 (Abschluss Bebauungsplanverfahren und Vermarktung sowie Fertigstellung der Erweiterungskapazitäten an der unteren Landstraße) herzurichten.

**Abstimmungsergebnis:**

zu 1.) 10 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen

---

**4./ Bericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der Stadt Haan**

---

**Protokoll:**

Die ehrenamtliche Behindertenbeauftragte der Stadt Haan berichtet (siehe Anlage 3).

- 5./ „Teilhabe behinderter Menschen in Haan“ - Barrierefreie Mobilität - Barrierefrei im Verkehrsraum – Antrag von Stv. Frau Lukat vom 27.07.2013**  
**Bezug: Beschluss der Sitzung des Sozialausschusses vom 13.11.2013**  
**Vorlage: 66/045/2014**
- 

**Protokoll:**

In der Diskussion wird deutlich, dass besonders zwei Punkte aus der Stellungnahme der Verwaltung als nicht nachvollziehbar betrachtet werden. Hierbei handelt es sich um die Ausführungen der Verwaltung zur Lärmbelästigung durch Signalgeber an Ampelanlagen sowie zum Standort des „Nachtbriefkastens“ am Rathaus oberhalb der Rathauptreppe. Beim „Nachtbriefkasten“ solle die Verwaltung nochmals prüfen, ob ein barrierefreier Standort gefunden werden kann.

Die Mehrheit der Ausschussmitglieder hält eine kontinuierliche Erfassung aller Hemmnisse und Hindernisse und deren kontinuierliche Beseitigung für wichtig und eine jährliche Mittelbereitstellung in Höhe von 20.000 € hierfür für richtig. Zur Erfassung der Hemmnisse und Hindernisse hält der Ausschuss regelmäßige Begehungen durch Ausschussmitglieder, Verwaltung, Seniorenbeirat, ehrenamtliche Behindertenbeauftragte und ggf. weitere Fachkräfte für geeignet.

1. Bgo. Formella drückt ihr Unverständnis über die beabsichtigte Mittelbereitstellung aus mit dem Hinweis auf die schwierige politische Diskussion im Zusammenhang mit den freiwilligen Sozialzuschüssen, insbesondere für den Seniorentreff der Arbeiterwohlfahrt. Sie verweist auf die notwendige Prioritätensetzung, da an anderer

---

Stelle dringender Mehraufwand entstehen werde, so z. B. bei der Kindertagespflege u. a. aus dem beabsichtigten Änderungsgesetz zum Kinderbildungsgesetz. Sie schlage vor, mit der Erfassung zu beginnen und ein Budget dann im laufenden Prozeß zu konkretisieren.

### **Beschluss:**

1.) Antrag der GAL-Ratsfraktion:

**„Zur Beseitigung von Hemmnissen / Hindernissen im Sinne einer barrierefreien Mobilität / Barrierefreiheit im Verkehrsraum empfiehlt der Sozialausschuss dem Haupt- und Finanzausschuss und Rat 20.000 € jährlich, beginnend mit dem Haushalt 2014, einzustellen.**

2.)

**„Die Verwaltung der Stadt Haan wird vom Sozialausschuss beauftragt, dass Mitarbeiter des Baudezernats der Stadt Haan mindestens mit der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der Stadt Haan und eventuell weiteren erfahrenen Ansprechpartnern kontinuierlich an einer Aufstellung der feststellbaren Hemmnisse für eine barrierefreie Mobilität in Haan arbeiten.**

**Die Verwaltung berichtet kontinuierlich in den Fachausschüssen.“**

### **Abstimmungsergebnis:**

zu 1. ) 10 Ja- und 5 Nein-Stimmen

zu 2.) einstimmig

**6./ Erstellung eines Seniorenberichtes - Antrag des Senior(inn)enbeirates  
vom 20.01.2014  
Vorlage: 51/153/2014**

---

### **Protokoll:**

1. Bgo. Formella erklärt, nach einem ergänzenden Gespräch mit dem Seniorenbeirat über die Aufgabenverteilung zur Erstellung des Seniorenberichts zieht die Verwaltung den Beschlussvorschlag zurück.

Herr Sattler berichtet über die Absichten des Seniorenbeirates und mögliche Inhalte des Seniorenberichtes. Er führt aus, die zur Datenerhebung und der Zusammenstellung der vorhandenen Angebote und Leistungen werde der Seniorenbeirat leisten, die Erstellung des Berichts solle unter Mitwirkung der Verwaltung erfolgen.

---

**Beschluss:**

„Der Rat der Stadt Haan fordert die Verwaltung (Federführung Amt für Jugend, Soziales und Schule) auf, in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat einen Seniorenbericht / Altenbericht über die Lebenssituation der Seniorinnen und Senioren in Haan und Gruiten bis Ende 2014 vorzulegen.

Dabei sollen auch die Erkenntnisse der hier tätigen Sozialverbände, Senioreneinrichtungen sowie der Behindertenbeauftragten einbezogen werden.“

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**7./ Anfragen**

---

**Protokoll:**

Bgo. Formella erläutert zur Anfrage (Mail) von Stv. Frau Lukat vom 10.02.2014 (siehe Anlage 1) zur Angelegenheit „Runder Tisch Soziales“, in der Kürze der Zeit seit Eingang sei noch kein konkretes Handeln bzw. Prüfen möglich gewesen.

Zu den Nrn. 1. und 2. der Anfrage werde die Verwaltung entsprechende Abfragen an die Träger richten.

Zu Nr. 3. der Anfrage ist festzustellen, bei einer „Sammelhaushaltsstelle“ für „Soziales Netz Haan“ Haan handele es sich um einen freiwilligen Aufwand, dies sei ohne klare Definition haushaltsrechtlich nicht zulässig.

---

**8./ Mitteilungen**

---

**Protokoll:**

1. Bgo. Formella teilt mit,

- der SKFM Haan e. V. habe die Anträge zu „Haaner Tafel“ und „Netzwerk Mensch“ mit Mail vom 10.02.2014 (siehe Anlage 1) zurückgezogen;
- die SPD-Ratsfraktion habe unter dem 11.02.2014 für den kommenden Jugendhilfeausschuss am 26.02.2014 den Tagesordnungspunkt „Unterbringung / Betreuung von Flüchtlingskindern in Haaner Kindergärten“ beantragt. Dieser TOP sei mit Nachtrag zur Tagesordnung in diese aufgenommen worden;
- die Liste zur freiwilligen Beschlusskontrolle 2013 werde der Niederschrift beigefügt;
- zum Thema „Interkulturelle Gärten“ und Antrag von Stv. Lukat auf Mittelbereitstellung stehe die Verwaltung weiterhin im Gespräch mit dem Caritasverband betreffend dem Förderantrag sowie der Grundstücksfrage.